

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 120/2010
03.05.2010**

Renate Rastätter: „Mit nur fünf Modellregionen springt das Land zu kurz“

Grüne zur Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern

Die Landesregierung will ab kommendem Schuljahr lediglich in fünf Schulamtsbezirken den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern erproben. „Die große Mehrzahl der Schulamtsbezirke bleibt somit außen vor“, kritisiert Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg. „Außerdem ignoriert die Landesregierung durch die Einrichtung von nur fünf Modellregionen völlig, dass in unserem Land seit rund zehn Jahren zahlreiche positive Erfahrungen aus integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP) und Außenklassen vorliegen, ja, dass sich einige Schulen sogar schon zu inklusiven Profilschulen weiterentwickelt haben. Inklusion bleibt somit die Ausnahme, nicht die Regel. Die spätestens seit der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen überfällige Entwicklung wird nach wie vor ausgebremst.“

Bis 2013/14 kommt es also auf den Wohnort der Eltern an, ob sie für ihre Kinder in zumutbarer Reichweite ein inklusives Schulangebot vorfinden: „Manche Eltern werden einfach Pech haben, weil sie am falschen Wohnort leben. Erst hat vor einem Jahr Ex-Kultusminister Rau die Abschaffung der Sonderschulpflicht angekündigt und in den Eltern Hoffnungen auf ein Ende des Bettelns und Kämpfens um Inklusion geweckt. Nun bekommen die Eltern statt schneller Rechtssicherheit von Ministerin Schick nur weitere Verzögerungen. Das ist nicht zumutbar“, unterstreicht Renate Rastätter. Auch die Ansicht von Ministerin Schick, dass Inklusion keine zusätzlichen Stellen und Mittel fordere, hält Renate Rastätter für unzutreffend: „Schon heute haben wir Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen bis hin zum sonderpädagogischen Förderbedarf an unseren Schulen – da liegt es auf der Hand, dass für gelingende Inklusion, wie sie die Grünen mit ihrem Schulgesetzentwurf und einem gerade beantworteten Eckpunkteantrag gefordert haben, ein Ausbau von Ressourcen nötig ist.“

Info:

Gesetzentwurf zur Inklusion: Drucksache 14/4586

Grüner Eckpunkteantrag zur Inklusion: Drucksache 14/6158